

■ Regierungsumbau in Kiew

Frechheit soll siegen

Von Reinhard Lauterbach

Man soll in Regierungs-umbildungen nicht zu viel hineingeheimnissen. Sie sind im allgemeinen PR-Aktionen, mit denen ein Regierungschef Sündenböcke dafür präsentiert, dass es ihm an den Erfolgen fehlt, die im Auge des Publikums für sich sprechen. Entsprechend war das, was Wolodimir Selenskij Anfang der Woche offiziell als Begründung für den größten Umbau der ukrainischen Regierung seit Jahren angab, völlig inhaltsleer: Es sollten »neue Strukturen« geschaffen werden, um »vor dem Winter die Ukraine zu stärken«. Vor dem Winter? Suchte Selenskij Minister oder Elektriker?

Inzwischen, nachdem die Bäumen-wechsle-dich-Operation über die Bühne gegangen ist, kristallisiert sich aus den Kommentaren ukrainischer Politiker gegenüber den Medien ihres Landes ein ungefähres Bild heraus, worum es Selenskij gegangen sein muss. Der erste Aspekt ist ein schleichernder Umbau des ukrainischen Regierungssystems zugunsten der Präsidentschaftsverwaltung. Die agiert unabhängig von der parlamentarischen Mehrheit, zumal jetzt im Krieg, wo Neuwahlen gesetzlich ausgeschlossen sind und der Präsident ohne demokratisches Mandat weiterregiert bis auf weiteres. Für die Präsidentschaftsverwaltung gilt das erst recht. Gesetzliche Grenzen für diesen Ausnahmezustand gibt es nicht, seine Verlängerung wird alle drei Monate vom Parlament abgenickt. Diese schleichende Autokratisierung der Ukraine kann so lange weitergehen, wie der Krieg dauert, und wer weiß,

ob sich Selenskij mit dieser Grundlage seiner Macht nicht inzwischen angefreundet hat. Verlässlich kann man sagen, dass er, wenn nächsten Sonntag gewählt würde, gegen den früheren Armeekommandeur Walerij Saluschnij oder seinen Vorgänger Petro Poroschenko spätestens in der Stichwahl verlieren würde. Deshalb wurde Saluschnij als Botschafter nach London abgeschoben, wird Poroschenko an der Ausreise ins Ausland gehindert.

Über den jetzt entlassenen Außenminister Dmitro Kuleba hatte sich Bundesaußenministerin Annalena Baerbock am Dienstag in einem selbst für ihre Verhältnisse emotional überdrehten Ton geäußert: Sie erinnere sich an »lange Gespräche im Nachtzug und vor zerstörten Kraftwerken«. Ohne in der Gefühlswelt der Bundesaußenministerin über Gebühr herumstochern zu wollen – aus Statements ukrainischer Politiker geht hervor, dass Kuleba sich für die Ansprüche seiner Chefs zu gut benommen haben muss. Er habe den westlichen Sponsoren nicht genug weitreichende Waffen und Abschussgenehmigungen aus den Rippen geleiert. Sein Nachfolger Andrij Sibija kommt aus der Präsidentschaftsverwaltung und hat sich einen Namen mit Pöbelreden gegen Verbündete im Stil des leider unvergessenen Andrij Melnyk gemacht: In Ungarn herrschten »Möchtegernpolitiker«, und Polen wolle der Ukraine eine »Euthanasie« aufzwingen, weil es ihr Getreide nicht ins Land ließ. Freuen wir uns auf den Neubeginn einer wunderbaren Freundschaft.

■ Gegendarstellung

Berliner VVN-BdA



Wie jedes Jahr hatte *junge Welt* einen Stand angemeldet. Doch am Mittwoch erklärte eine Mitarbeiterin der Berliner VVN-BdA telefonisch, aus Platzgründen könne *jW* nicht einmal einen Stehtisch auf dem Gelände am Franz-Mehring-Platz 1 aufstellen. Auf Nachfrage verwies die Mitarbeiterin auf Differenzen zur Berichterstattung der *jW* zum Ukraine-Krieg (»Putin-Freunde«) und Nahost (»Israel-Hass«). Am Freitag antwortete die VVN-Geschäftsstelle auf eine *jW*-Anfrage: »Die *junge Welt* wurde nicht eingeladen; ihr habt euch eingeladen, und wir hatten dafür in diesem Jahr keinen Platz.« Allerdings sei das *ND* vertreten.

Die *junge Welt* ist seit ihrer Gründung 1947 am Gedenktag beteiligt. Dass sie nun von der mitgliederstärksten antifaschistischen Vereinigung für unerwünscht erklärt wird, ist ein Ausdruck zunehmend antidemokratischer und autoritärer Entwicklungen.

Ab 1948 scheiterte ein überparteiliches Gedenken an die Opfer des Faschismus in den Westzonen und der BRD an der Weigerung von SPD und anderen Parteien, mit der »kommunistischen« VVN zu kooperieren. Nun reißt sich die VVN-BdA in diese antikommunistische Phalanx ein.

Verlag und Redaktion

»Die Dominanz der Politiker ist gesichert«

Über die Militarisierung und Probleme der Friedensforschung. Ein Gespräch mit Werner Ruf

Sie unterstützen den Aufruf zur bundesweiten Friedensdemonstration »Wieder Krieg!« am 3. Oktober in Berlin. Was bewegt Sie dazu?

Was ich sage, mag dramatisch klingen. Dramatisch sind allerdings die Zeiten, in denen wir leben. Wir erleben derzeit die Einstimmung auf ein neues Zeitalter der Kriegführung. Nur drei Tage nach dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine erklärte Bundeskanzler Scholz eine »Zeitenwende«, nach der die Welt nicht mehr dieselbe sei. 100 Milliarden Euro stellte er für Rüstungsausgaben zur Verfügung. Der »normale« Rüstungshaushalt sollte schnellstens auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Die Regierung bläst zu Krieg und Konflikt: Die Außenministerin will »Russland ruinieren«, der Verteidigungsminister Deutschland wieder »kriegsfähig machen«. Neue Raketen sollen in Deutschland stationiert werden, die atomar bewaffnet werden können und die Vorwarnzeiten auf wenige Minuten reduzieren. Dank künstlicher Intelligenz erfolgt die Entscheidung über den Atomkrieg fast vollautomatisch.

Vor gut 30 Jahren erlebten wir eine Phase der Entspannung und Rüstungskontrolle. Sie basierte auf dem Prinzip: Sicherheit ist erteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates untrennbar mit der aller anderen verbunden. Nur, wenn sich jeder sicher fühlt, ist die Sicherheit aller gewährleistet. Doch wenig später startete die NATO den Prozess ihrer Osterweiterung – von 16 Mitgliedern wuchs die Zahl auf derzeit 36, fast alle in Osteuropa. Dort werden jährlich Großmanöver mit bis



Werner Ruf ist emeritierter Professor für Internationale Politik der Universität Kassel

zu 50.000 Mann abgehalten.

Als langjähriger Friedensforscher kritisieren Sie die Entwicklung Ihrer Disziplin. Worin sehen Sie Probleme?

Zunächst in der Durchsetzung neoliberaler Prinzipien: Die staatliche Finanzierung der Forschung von Universitäten wurde ausgelagert an den Markt, privatisiert. Seitdem kämpfen Wissenschaftler um Drittmittel, also Forschungsfinanzierung durch Unternehmen, Stiftungen und die öffentliche Hand. So wird Wissenschaft zur Auftragsforschung, sie begibt sich in direkte Abhängigkeit der Geldgeber.

In ihren Anfängen in den 70er Jahren hatte sich die Friedensforschung eine staatliche Finanzierung erkämpft, die sie selbst verwaltete. Aber unter Führung von Bayern und Baden-Württemberg traten die Länder aus diesem System aus. Es blieben die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Markt. Die etablierten Forschungsinstitute sind alle sogenannte An-Institute. Sie sind an

Universitäten angesiedelt, müssen sich jedoch selbst finanzieren. Das Geld kommt größtenteils vom Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Verteidigungsministerium. Eine nicht unerhebliche Finanzierung erfolgt über das Ministerium für Bildung und Forschung. Dieses stellt für dafür geschaffenen Deutschen Stiftung Friedensforschung ihren Haushalt zur Verfügung, über die Friedensforscher Anträge auf Projektförderung stellen können. Im zwölfköpfigen Stiftungsrat sitzen fünf Wissenschaftler, vier Vertreter der Bundesregierung und drei Mitglieder des Bundestags. Die Dominanz der Politiker ist gesichert.

Forschungsentscheidungen fallen jedoch schon früher: Die Schere im Kopf der Wissenschaftler sorgt dafür, dass ihre Empfehlungen nicht konträr zur offiziellen Politik ausfallen. So empfahl das Friedensgutachten 2022 kurz nach Beginn des Krieges in der Ukraine, »die Kosten des Krieges für Russland durch militärische Unterstützung der Ukraine hochzutreiben«, obgleich auch für die Suche nach diplomatischen Auswegen plädiert wurde.

Was müsste die Friedensforschung tun, um gesellschaftlich wieder relevant zu werden?

Friedensforschung ist Teil der kritischen Sozialwissenschaften. Sie muss nach den strukturellen Ursachen von Gewalt und zwischen Gesellschaften und Staaten fragen. Sie muss sich wieder als wissenschaftlicher Teil der Friedensbewegung verstehen und ihre aufgeworfenen Fragen handlungsorientiert behandeln.

Interview: Milan Nowak

■ Abgeschrieben

Das Netzwerk Cuba – Informationsbüro e. V. erklärte am Freitag die Unterstützung für die Kampagne Kubas für Frieden und gegen die Blockade in Deutschland:

Mit einer weltweiten Kampagne möchte Kuba auf die seit 1961 gegen sich gerichtete unerbittliche Aggression durch die USA aufmerksam machen und deren Beendigung erreichen. Und so appelliert nun das Kubanische Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) in einem Aufruf an alle Menschen guten Willens, sich an seiner Kampagne für Frieden, gegen Blockade und Terrorismus zu beteiligen. Sie startete am 4. September und wird bis zur Abstimmung in der UN-Generalsammlung über die Resolution zur Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba fortgesetzt und voraussichtlich Anfang November ihren Abschluss finden. Diese Abstimmungen finden seit 1992 jährlich statt. Dort wird mit übergroßer Mehrheit ein umgehendes Ende der Blockade gefordert – im November 2023 votierten 187 Staaten dafür, lediglich die USA und Israel lehnten die Beendigung der Blockade ab. Diese einhellige und klare Forderung der Weltgemeinschaft wird von den USA völlig ignoriert und missachtet. Die

Blockade ist ein Wirtschaftskrieg und verletzt das Völkerrecht, die UN-Charta, Menschenrechte, Handelsrecht und den Maastricht-Vertrag der EU. Die Blockade wird flankiert durch zerstörerische Subversion und verdeckte, geheime Manipulationen und Aggressionen gegen Kuba.

Zu den immensen Schäden, welche die US-Blockade in Kuba anrichtet, sagte kürzlich der US-Ökonom Jeffrey Sachs: »Die Auswirkungen der Blockade sind sehr ernst. Das kubanische Pro-Kopf-Einkommen liegt wahrscheinlich bei einem Drittel oder einem Viertel dessen, was es ohne die Blockade betragen würde.«

In dem am Dienstag verbreiteten Aufruf aus Kuba heißt es: »In Zeiten, in denen die Verteidigung des Friedens dringend notwendig ist, bietet dieser Tag eine Gelegenheit, sich auf die grundlegenden Prinzipien zu besinnen, die unsere Menschlichkeit bestimmen: Gerechtigkeit, Gleichheit und gegenseitige Achtung.« Vor diesem Hintergrund ruft das ICAP dazu auf, sich mit verschiedensten und vielfältigen Aktionen einzubringen, über die kriegerischen und terroristischen Aggressionen zu informieren und dagegen Stellung zu beziehen.

Abschließend heißt es in dem Aufruf: »Gemeinsam können wir dazu beitragen, eine gerechtere Welt zu schaffen, in der die Menschenrechte und die Würde aller Menschen geachtet werden. Der Kampf für den Frieden ist universell, und gemeinsam können wir unsere Stimmen für eine Zukunft ohne Blockaden und Terrorismus erheben.«

Der Start der Kampagne begann im Hotel Copacabana in Havanna mit einem Gedenken an Fabio Di Celmo, einen italienischen Touristen, der dort am 4. September 1997 bei einem Terroranschlag getötet wurde. Vorgesehen sind Veranstaltungen und Treffen der Solidarität in zahlreichen Ländern. Im November 2024 werden sich in Paris europäische Solidaritätsgruppen zur 19. Konferenz treffen. Zahlreiche Gruppen in europäischen Staaten werden mit ihrer virtuellen Unblock-Cuba-Kampagne bis zur UN-Abstimmung wieder vielfältige Aktionen durchführen. Diese Kampagne wird intensiv auch vom Netzwerk Cuba in Deutschland mit seinen vierzig Mitgliedsorganisationen und diversen Aktionen unterstützt, wie z. B. Fahrraddemos, Mahnwachen und Briefkampagnen an Regierungen.

■ Siehe Seite 16